

- Niederschrift ist noch nicht vom Haupt- und Finanzausschuss genehmigt! -
- Text darf nicht abgeändert weitergegeben werden

- 5 -

Niederschrift

**über die 2. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 29. November 2017, um 19.30 Uhr im Sitzungssaal
des Rathauses**

Anwesende:

Bürgermeister Kreß Peter

Gemeinderatsmitglieder

Dietz Susanne
Eibeck Markus
Kersten Andrea
Lang Volker (bis TOP 2)
Lange Hans-Joachim
Manthey Christine (bis TOP 2)
Merget Roland
Nimble Christian
Pfanmüller Richard
Dr. Raffler Günther
ter Bahne Gunther (bis TOP 2)

Entschuldigt abwesend war:

Gemeinderat Lill Uwe

Schriftführer

Kämmerer Huth Herbert

Tagesordnung

1. Bericht des Bürgermeisters
2. Beratung des Haushaltes 2018
 - Anträge der Fraktionen
 - Abstimmung der Planzahlen zur Beschlussvorlage an den Gemeinderat
3. Antrag St. Johannesverein e. V. Großwelzheim auf Einbau einer neuen Kücheneinrichtung
 - Beschlussfassung

1. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Kreß berichtete, dass

- der Bauwagen „Karlchen“, der unter anderem für die Waldtage der Kitas und die Aktion „Kids on Tour“ verwendet wird, allem Anschein nach durch Brandstiftung zerstört wurde. Es sei angedacht, einen Ersatz zu beschaffen. Von Seiten der Ausschussmitglieder wurde angeregt, ggf. eine Belohnung zur Aufklärung auszusetzen, nachdem auch schon die Schutzhütte im Gemeindewald Dettingen in Brand gesetzt wurde.
- die Bürgerversammlung am 30. November 2017 um 19 Uhr im Rudolf-Wöhrl-Pavillon stattfindet.
- am 9. Dezember 2017 um 10 Uhr im Rahmen des ISEK ein Vor-Ort-Termin am Bahnhof stattfindet.

2. Beratung des Haushaltes 2018

- Anträge der Fraktionen

- Abstimmung der Planzahlen zur Beschlussvorlage an den Gemeinderat

Bürgermeister Peter Kreß trug die Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushalt 2018 vor, und zwar den Antrag der CSU vom 22. November 2017, der SPD vom 22. November 2017, von Bündnis90/Grüne vom 24. November 2017 sowie der FDP vom 23. November 2017.

Kopien der Anträge wurden von der Verwaltung an alle Gemeinderatsmitglieder versandt.

- Die CSU-Fraktion unterstützt den Antrag des Umweltbeirates zur Verlegung der Forchbach-einmündung.

Der Umweltbeirat erstellt hierfür ein Konzept. Sollten bis zur Sitzung des Gemeinderates am 13. Dezember 2017 entsprechende Zahlen für die Umsetzung vorliegen, sollen diese in das Investitionsprogramm noch aufgenommen werden.

- Die CSU-Fraktion beantragt die Sanierung des Waldweges zwischen Elmert und dem ersten Weg.

Dies soll mit dem Förster abgesprochen werden. Die Maßnahme kann im Rahmen des Waldwegeunterhaltes im Verwaltungshaushalt erfolgen.

Die CSU-Fraktion regt für den Fall an, dass die Schutzhütte im Gemeindewald Dettingen, die durch einen Brand beschädigt wurde, nicht mehr aufgebaut wird, an dieser Stelle eine kleinere Schutzhütte neu zu errichten.

Bürgermeister Kreß berichtete, dass der Wanderverein Dettingen die Schutzhütte wieder aufbaut.

Die SPD-Fraktion regt an, die örtlichen Wanderwege in die Homepage aufzunehmen. Broschüren und gpx-Dateien sollen als Downloadmöglichkeit angeboten werden (Antrag aus 2017).

Dem stimmt der Ausschuss zu.

- Die CSU-Fraktion beantragt zu prüfen, ob Wasser-Fun-Geräte den Badensee attraktiver machen. Des Weiteren wäre das Volleyballfeld mit einer Spielfeldbegrenzung zu markieren. Vorsorglich wird beantragt, den Haushaltsansatz um 5 T€ auf 10 T€ zu erhöhen.

Die SPD-Fraktion beantragt Fun-Geräte für den Badebetrieb (Antrag aus 2016).

Es wird so verblieben, dass sich die Verwaltung in Kahl wegen den Fun-Geräten erkundigt.

Nach dem Kenntnisstand der Verwaltung kann die Spielfeldbegrenzung (Bänder) an der Platzverwaltung ausgeliehen werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat eine Erhöhung des Haushaltsansatzes um 5 T€.

- Die CSU-Fraktion beantragt die Überprüfung der Lautsprecheranlage im Friedhof Großwelzheim.

Die SPD-Fraktion beantragt, die Mikrofonanlagen auf den Friedhöfen zu überprüfen und ggf. zu erneuern.

Nach dem Kenntnisstand der Verwaltung sind die Anlagen nicht defekt. Eine Überprüfung, auch der Außenlautsprecher, wird aber vorgenommen und anschließend hierüber berichtet.

- Die CSU-Fraktion beantragt, den Umfang der Baumaßnahmen an der Bayernhalle mit dem Ziel zu überprüfen, die Baukosten zu senken und auf zwei Jahre zu verteilen, so dass die freiwerdenden Mittel zur Sanierung der Gemeindewohnungen umgeschichtet werden können.

Die FDP schlägt zur Gegenfinanzierung ihrer Anträge vor, die Sanierungsmaßnahmen auf das Notwendige zu beschränken.

Nach Aussage des Bauamtes fallen als Notwendigstes für die Dachsanierung Kosten in Höhe von rund 210.000 € an. Für den Tausch der Fenster werden die Kosten auf rund 150.000 € geschätzt. Die Notwendigkeit des Fenstertauschs soll nochmals durch das Bauamt eruiert werden.

Der Ausschuss empfiehlt, den Haushaltsansatz auf 360.000 € zu reduzieren.

- Die CSU-Fraktion beantragt, die Beschaffung eines Elektromobils für den Bauhof zu prüfen.

Bürgermeister Kreß berichtet, dass dies bereits in Erwägung gezogen wurde. In diesem Zusammenhang wurde die Beschaffung eines Werbefahrzeugs angesprochen. Es bestand Einverständnis, auch Angebote für ein Werbefahrzeug einzuholen.

- Die CSU-Fraktion beantragt, nach den Umbaumaßnahmen „barrierefreie Bushaltestellen“ im OT Dettingen die bereitstehenden Mittel für den Umbau der Haltestelle am alten Rathaus zu verwenden.

Hierüber bestand Konsens im Ausschuss.

- Die CSU-Fraktion stimmt der vorgeschlagenen Sanierung des Kellers im Heimatmuseum nicht zu, nachdem anschließend auch nur ‚kontaminierte‘ Kellerräume zur Verfügung stehen würden. Die Sanierung sollte sich nur darauf beschränken, den Gebäudeerhalt sicher zu stellen. Für das Mitmachmuseum müssten andere Räumlichkeiten gefunden werden.

Das Haus Friedhofstraße 21 sollte unbedingt abgerissen und ein neues erstellt werden. Die Bewohner könnten in der Hauptstraße 72 untergebracht werden. Es wird beantragt, den Haushaltsansatz um 300.000 € zu erhöhen.

Des Weiteren beantragt die CSU-Fraktion, für die Planungsjahre jeweils 500.000 € einzuplanen, so dass kein Investitionsstau entsteht.

Die Fraktion Bündnis90/Grüne hält den Ansatz von 130.000 € für die Sanierung von Gemeindewohnungen und -häusern für zu niedrig und beantragt, den Ansatz um mindestens 100.000 € zu erhöhen. Des Weiteren wird beantragt, eine Übersicht über den Sanierungsbedarf der Liegenschaften zu erstellen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Haushaltsansatz für die Sanierung der Gemeindewohnungen und -häuser auf 350.000 € zu erhöhen. Im Keller des Heimatmuseums sollen nur die notwendigsten Arbeiten zum Gebäudeerhalt ausgeführt werden. Für einen Abriss und Neubau des Anwesens Friedhofstraße 21 soll die Verwaltung die Kosten ermitteln. Des Weiteren soll das Bauamt die Sanierungskosten der Folgejahre für die Gemeindewohnungen und -häuser ermitteln. Gedanken müsse man sich auch über das Anwesen in der Kirchgasse 19 machen.

- Die CSU-Fraktion, SPD-Fraktion und FDP beantragen, den Haushaltsansatz für den Erwerb unbebauter Grundstücke zu erhöhen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Haushaltsansatz auf 150.000 € zu erhöhen.

- Die CSU-Fraktion beantragt, ein Förderprogramm zur Förderung dezentraler regenerativer Energieerzeugung, Energieeffizienz und Elektromobilität aufzunehmen, um die Energie- und Mobilitätswende in Karlstein zu unterstützen. Details dieses Programms wurden dem Haushaltsantrag als Anlage beigefügt.

Kämmerer Herbert Huth erläutert, dass die Gemeinde schon seit einigen Jahren ein Programm zur Förderung regenerativer Energien anbietet. Der Haushaltsansatz liegt bei 4.000 €. Ausschöpft wurden in den vergangenen Jahren jährlich zwischen 700 und 2.000 €.

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Ansatz auf 50.000 € zu erhöhen (Verwaltungshaushalt, Kostenstelle 7911.7180). Einzelheiten zum Programm sollen im kommenden Jahr besprochen werden.

- Die CSU-Fraktion stellt fest, dass der Zugang für Radfahrer und Fußgänger zum neuen Feuerwehrhaus problematisch sei und beantragt die Schaffung eines Fußgängerüberwegs. Mit dem neuen Feuerwehrgerätehaus beginnt die geschlossene Bebauung nun in Höhe der Spessartstraße. Das Ortsschild könnte deshalb von seinem jetzigen Standort vor die Spessartstraße versetzt werden.

Bürgermeister Peter Kreß erklärt, dass er diesbezüglich bereits beim Straßenbauamt vorstellig gewesen sei. Dort wurde einer Querung widersprochen. Erst wenn die St. 3308 zur Gemeindestraße herabgestuft sei, könne die Gemeinde eine Querung einrichten. Der Bürgermeister wird dieses Thema aber nochmals beim Straßenbauamt ansprechen.

Die SPD-Fraktion beantragt die Sperrung der Frankenstraße für den Lkw-Durchgangsverkehr von der Unterführung bis zur St. 3308, um die Bürger im Bereich Brückenstraße von Lärmbeeinträchtigungen zu entlasten. Die Fußgängerampel sollte mit Kontaktschleifen versehen werden, um überhöhte Geschwindigkeiten zu vermeiden (Antrag aus 2014). Zu überlegen wäre auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.

Die FDP beantragt zur Sicherung der Überquerung an der Kreuzung Frankenstraße/Lindigstraße den Einbau eines Zebrastreifens oder Fußgängerüberwegs.

Zu den beiden Anträgen wird die Verwaltung beauftragt, zu eruieren, ob es Möglichkeiten zur Umsetzung gibt.

- Die CSU-Fraktion beantragt, für eventuelle Planungs- und Realisierungsmaßnahmen des ISEK (Schleusengehöft, Bahnhof, alte Feuerwehrgerätehäuser) zusätzlich 150.000 € einzustellen.

Für die SPD-Fraktion ist es noch unklar, ob in 2018 schon weitere Kosten für das Schleusengehöft und das Bahnhofsumfeld anfallen.

Die Fraktion Bündnis90/Grüne beantragt, für das Bahnhofsumfeld weitere 15.000 € bereit zu stellen.

Die FDP stellt fest, dass zur Umsetzung der Maßnahmen aus den ISEK-Workshops entsprechende Geldmittel eingeplant werden müssen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, für das Schleusengehöft 100.000 € und für das Bahnhofsumfeld 50.000 € einzustellen.

- Die CSU-Fraktion beantragt für den Friedhof Dettingen, die Urnenanlage und Urnenerdgräber zu erweitern, um den Bedarf auch weiter decken zu können.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungskosten der letzten Erweiterung zu ermitteln. Diese sollen in den Haushalt 2018 eingestellt werden.

Anmerkung der Verwaltung: Das Ingenieur-Honorar für die Urnenanlage im Friedhof Dettingen belief sich auf rund 25.000 €

- Die CSU-Fraktion beantragt die Überprüfung des Haushaltsrestes von 150.000 € für die Beseitigung von Hochwasseranschwemmungen.

Die FDP bittet um Überprüfung, ob der noch vorhandene Haushaltsrest für die Beseitigung der Hochwasseranschwemmungen reduziert werden kann.

In diesem Zusammenhang wird angesprochen, entlang des Mainwanderwegs die Wurzeln abzufräsen und auszubessern. Hierbei könnten die Anschwemmungen teilweise entfernt und Nassstellen beseitigt werden.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, den Haushaltsrest im Rahmen des Abschlusses 2017 zu löschen.

- Die CSU-Fraktion beantragt, das gemeindeeigene Grundstück am Grubenweg für eine Doppelhausbebauung zu teilen und zu verkaufen.

Im Ausschuss besteht hierüber Einverständnis. Die Verwaltung soll das Grundstück zum Verkauf anbieten.

- Die CSU-Fraktion beantragt, mit dem Geschichtsverein Karlstein Gespräche aufzunehmen, wie sich das Heimatmuseum künftig aufstellen will.

Hierüber bestand Einverständnis.

- Die CSU-Fraktion beantragt die Inventarisierung aller Vereinsräumlichkeiten, deren Nutzung und den verrechneten Mietzins, nachdem zur Nutzung des Schleusengehöftes, Nachnutzung der Feuerwehrrhäuser diverse Wünsche geäußert werden.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass dieses Thema in der SKS-Sitzung am 6. Dezember 2017 im nichtöffentlichen Teil behandelt wird.

Die FDP ist der Auffassung, dass die Sanitäreinrichtungen im Heimatmuseum renoviert werden müssen.

Nachdem Zweifel am Renovierungsbedarf bestand, wurde vereinbart, einen Vor-Ort-Termin zu vereinbaren.

- Die CSU-Fraktion fragt nach dem Grund für die Erhöhung des Etats für die gemeindliche Jugendpflege (Unterabschnitt 4603) und stellt den Antrag auf Prüfung des Konzeptes zur Jugendpflege.

Bei der Kostenerhöhung des Unterabschnitts 4603 handelt es sich um die Erhöhung der Personalkosten, nachdem ein männlicher Mitarbeiter aus dem Hort die Jugendpflege (Jugendzentrum) unterstützt.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass ein Konzept in Arbeit sei.

- Die CSU-Fraktion bittet um zügige Realisierung der geplanten Fuß- und Radwege an der Seligenstädter Straße und entlang der Kipp.

Die Fraktion Bündnis90/Grüne hält den Ausbau entlang der Seligenstädter Straße nur bis zum Innovationspark für sinnvoll und realisierbar. Eine weitere Versiegelung der Flächen sei auf das Notwendigste zu reduzieren. Gleiches gelte für den Weg entlang der Kipp. Die Fraktion sehe keine Notwendigkeit für den Ausbau, nachdem die Straße entlang der Kipp nur schwach frequentiert sei und zudem ein Fußweg von der Siedlung Kimmelsteich Richtung Ortsteil Großwelzheim vorhanden ist. Es wird beantragt, den Haushaltsrest von 288.000 € aufzulösen und für andere Investitionen einzusetzen.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass sich schon bei seinem Vorgänger der Grunderwerb schwierig gestaltet habe. Er werde sich aber zügig um den Erwerb für beide Fuß- und Radwege kümmern.

Konsens bestand über alle Fraktionen hinweg darüber, dass auf den Fuß- und Radweg zwischen IPK und Fähre verzichtet werden könne und nur bis zum IPK ausgebaut werden müsse. An dem Ausbau des Weges entlang der Kipp wird festgehalten.

- Die SPD-Fraktion schlägt vor, in gemeindlichen Einrichtungen energiesparende Händetrockner zu installieren (z. B. mit Airblade-Technologie). Zusätzlich sollen dort Desinfektionsspender angebracht werden.

Die Verwaltung wurde beauftragt, eine Umsetzung zu eruieren.

- Die SPD-Fraktion regt an, die Vereinszuschüsse zu überprüfen, wobei zu entscheiden ist zwischen Vereinen mit und ohne Immobilien.

Das Thema soll in einer SKS-Sitzung behandelt werden.

- Die SPD-Fraktion regt an, dass die Standorte von Defibrillatoren öffentlich bekannt gemacht und Fortbildungen angeboten werden sollen.

Hierzu soll die Verwaltung die Erkenntnisse in Kleinostheim in Erfahrung bringen.

- Die SPD-Fraktion regt an, auch die Übungsleiterzuschüsse zu überarbeiten und beantragt eine Anpassung an die Richtlinien des Landkreises zur Bezuschussung der Vereine in gleicher Höhe.

Die FDP beantragt eine Korrektur der Übungsleiterförderrichtlinien analog der Verfahrensweise in Kahl und Kleinostheim. Zur Auszahlung durch die Gemeinde soll der gleiche Betrag kommen wie der vom Landkreis.

Die Verwaltung wurde beauftragt, im kommenden Jahr die Richtlinien zu überarbeiten und die Kosten hierfür zu ermitteln.

- Die SPD-Fraktion beantragt, für die Neugestaltung der Flächen Hörsteiner Straße 1 - 5 und Auwanne 1 - 2 die Bereitstellung von Planungskosten. Die weitere Nutzung müsse geklärt werden. Ggf. müssten der Flächennutzungsplan geändert und ein B-Plan aufgestellt werden (Antrag aus 2017).

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, hierfür einen Betrag in Höhe von 10.000 € in den Haushalt 2018 aufzunehmen.

- Die SPD-Fraktion beantragt, zu prüfen, ob für Karlsteiner Bürger ein Anrufsammeltaxi nach dem Kleinostheimer Modell eingerichtet werden kann.

Die Verwaltung wurde beauftragt, die Zahlen aus Kleinostheim zu eruieren und das Thema im SKS-Ausschuss zu behandeln.

- Die SPD-Fraktion beantragt, das „Heininger-Gelände“ einer sinnvollen Nutzung zuzuführen (Antrag aus 2012) und für eine Projektentwicklung (Wohnbebauung/Einzelhandel/Dienstleistung) Mittel in den Haushalt einzustellen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, einen Betrag von 15.000 € in den Haushalt 2018 aufzunehmen.

- Die SPD-Fraktion bittet beim Hort um Mitteilung, ob die bei der Schimmelsanierung angefallenen Kosten durch Versicherungsleistungen gedeckt sind oder bis zur endgültigen Klärung in den Haushalt einzustellen sind.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass diese Kosten gedeckt sind und nicht in den Haushalt eingestellt werden müssen.

- Nach Ansicht der SPD-Fraktion ist nach Vorlage des Bodengutachtens zu überprüfen, ob die bereits eingestellten Mittel für Schallschutzmaßnahmen von 235.000 € ausreichend sind.

Die Fraktion Bündnis90/Grüne fordert, die Schallschutzmaßnahmen zeitnah umzusetzen und weitere 100.000 € in den Haushalt einzustellen.

Nach Ansicht der Ausschussmitglieder ist keine Erhöhung der Haushaltsmittel für 2018 erforderlich.

- Die SPD-Fraktion beantragt, für Umbaumaßnahmen im Rathaus Haushaltsmittel bereitzustellen.
Bürgermeister Kreß erklärt, dass im überarbeiteten Investitionsplan entsprechende Mittel eingestellt wurden.
- Die SPD-Fraktion beantragt, nach Vorlage der Befragungsaktion zur Einrichtung neuer Kita-/Krippenplätze für 2018, Planungskosten und für die Folgejahre Baukosten aufzunehmen.
Hier soll die Umfrage, die bis 30. November 2017 läuft, abgewartet werden. Die Verwaltung wird zur Sitzung des Gemeinderates am 13. Dezember 2017 berichten.
- Um die Attraktivität Karlsteins für Käufer von Altimmobilien zu erhöhen, schlägt die SPD-Fraktion vor, für Familien mit Selbstnutzung die Gebühren für die Kinderbetreuungseinrichtungen zu senken.
Dies soll in einer SKS-Sitzung behandelt werden.
- Die SPD-Fraktion beantragt, zu prüfen, ob innerhalb Karlsteins eine Personenbeförderung außerhalb des ÖPNV (VAB), ggf. in Zusammenarbeit mit der Caritas eingerichtet werden kann.
Bürgermeister Kreß sagt eine Überprüfung zu.
- Nach Ansicht der SPD-Fraktion wäre zum Thema „Neue Mitte“ Karlstein zu überlegen, ob in Bezug auf die vorliegenden Planungsaufgaben in diesem Bereich, verbunden mit einem Rückbau der B 8, die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs sinnvoll sei. Untersucht werden sollten optimale Standorte für Infrastrukturmaßnahmen.
Die Ausschussmitglieder stellten fest, dass dies im Rahmen des weiteren ISEK-Verfahrens Thema sein wird.
- Die Fraktion Bündnis90/Grüne beantragt, zur Entwicklung des Ortskerns bzw. zur Schaffung von Notunterkünften oder sozialem Wohnraum für den Erwerb bebauter Grundstücke einen Betrag von mindestens 250.000 € in den Haushalt einzustellen.
Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, einen Betrag von 250.000 € in den Haushalt 2018 aufzunehmen.
- Die FDP beantragt eine Konzeptentwicklung für einen offenen Seniorentreff inkl. Hol- und Bring-Service in Zusammenarbeit mit Seniorenbeirat, AWO und evtl. der Vereine. Zielgruppe seien „rüstige Rentner“.
Dieses Thema soll in Verbindung mit dem Seniorenbeirat besprochen werden.
- Die FDP teilt mit, dass die Grundschule ein Projekt zum Thema Digitalisierung plane. Dies solle durch die Gemeinde, den Freistaat oder andere öffentliche Träger gefördert werden.
Diesem Anliegen standen die Ausschussmitglieder positiv gegenüber. Allerdings müsse die Initiative von der Schule ausgehen, die jedoch in dieser Angelegenheit bisher keinen Antrag gestellt hätte. Bisher habe die Gemeinde die Schule schon diesbezüglich immer unterstützt.

- Die FDP ist dafür, dass die Verwaltung ein E-Government-System einführt. Ausreichende Investitionsmittel sollen in den Haushalt eingestellt werden.

Hierzu konnte Bürgermeister Kreß berichten, dass die Firma Komuna, die auch das Einwohnermeldeamt betreut, am 13. Dezember 2017 vor Ort eine Infoveranstaltung abhält. Eine Aufnahme der Kosten eines entsprechenden Systems in den Vermögenshaushalt ist nicht erforderlich. Dies wird über den Verwaltungshaushalt abgewickelt.

- Die FDP bittet um Aufstellung von Straßenlaternen in der Kurve am Spielplatz Lindig-/Hagsiedlung und an der Lindig-Bushaltestelle für den Schulbus.

Die Verwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, ob bei Umstellung der Straßenlampen auf LED-Technik dort eine Lampe bzw. Doppellampe montiert werden kann.

- Um die Außenwirkung der Gemeinde zu erhöhen, beantragt die FDP eine Beteiligung an den bekannten Touristik-Portalen „Spessart-Mainland“ oder „Frankentourismus“.

Bürgermeister Kreß berichtet, dass sich Kahl anschließe. Die Kosten hierfür betragen ca. 2.200 €. Das Thema soll im SKS-Ausschuss behandelt werden. Überlegt werden könnte auch, mit den Nachbarkommunen ein eigenes Portal zu bilden.

- Die FDP beantragt die Initiierung einer „Umbauberatung für alleinstehende Hausbesitzer“, um zusätzlichen, innerörtlichen Wohnraum zu schaffen.

Hierzu erklärt Bürgermeister Kreß, dass dies momentan von der Verwaltung nicht geleistet werden könne, aufgrund zweier Abgänge beim Bauamtpersonal.

- Die CSU-Fraktion stellt zum Stellenplan 2018 fest, dass die reibungslose Übergabe der ‚Geschäfte‘ des Wasserwartes sicherzustellen ist.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass die Verwaltung diesbezüglich schon aktiv war. Nachdem ggf. ein Wassermeister eingestellt werden müsse, habe es bereits Gespräche mit der Nachbargemeinde gegeben, um dies interkommunal lösen zu können.

- Die CSU-Fraktion beantragt die Prüfung zur Einstellung eines Auszubildenden zum Verwaltungsfachangestellten für das kommende Ausbildungsjahr.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass von der Verwaltung bereits Überlegungen angestellt wurden, ob die Verwaltung personell in der Lage ist, im kommenden Jahr einen zusätzlichen Auszubildenden zu betreuen. In die Überlegungen wurde auch eine gemeinsame Ausbildung mit einer Nachbarkommune einbezogen.

- Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag der Karlsteiner Feuerwehren auf Einstellung einer hauptamtlichen Kraft für beide Feuerwehren und bittet die Verwaltung, den durch die Feuerwehren übermittelten Aufgabenkatalog zu überprüfen und zu beurteilen, ob hiermit eine Fachkraft in Vollzeit ausgelastet ist oder welche weiteren Aufgaben sie ggf. übernehmen könnte.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass im überarbeiteten Stellenplan die beiden gewünschten Stellen bereits berücksichtigt wurden.

- Die SPD-Fraktion beantragt zur Verstärkung des Bauamtes die Einstellung eines fachlich erfahrenen und kompetenten Architekten.

Bürgermeister Kreß erklärt, dass laut dem Gutachten des Bayerischen Prüfungsverbandes eine Architektenstelle nicht erforderlich sei. Falls sich auf die Ausschreibung des Bautechnikers hin ein Architekt melden sollte, werde man die Bewerbung natürlich entsprechend prüfen.

- Die FDP bittet um Prüfung, ob der Ansatz bei der Gewerbesteuer für das kommende Jahr zur Gegenfinanzierung der Investitionen etwas nach oben angepasst werden könne.

Aufgrund der nur sehr schwer kalkulierbaren Einnahmen waren die Ausschussmitglieder und auch der Kämmerer der Meinung, es beim Haushaltsansatz von 3,5 Millionen € zu belassen, nachdem in 2016 der Haushaltsansatz lediglich um rund 300.000 € überschritten wurde.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde vereinbart, dass die nicht behandelten Punkte der Anträge der CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FPD von der Verwaltung schriftlich an alle Gemeinderatsmitglieder beantwortet werden, nachdem sich diese nicht direkt finanziell auf den Haushalt 2018 auswirken.

Die Verwaltung hat die Stellungnahme erstellt, die nachfolgend in das Protokoll aufgenommen wird:

- *Die CSU-Fraktion beantragt die Anschaffung neuer Bühnenteile für die Bayernhalle.*

Die Verwaltung wird entsprechende Angebote einholen und dem Gemeinderat vorlegen.

- *Die CSU-Fraktion beantragt die Aufstellung eines Baulandkatasters gem. § 200 Abs. 3 BauGB.*

Die Verwaltung ist bereits tätig geworden. Das LfU bietet Kommunen eine entsprechende Datenbank-Lösung an, die auch als Grundlage für ein Leerstandsmanagement-System auf der Gemeindehomepage dienen kann.

- *Die CSU-Fraktion beantragt die Aufstellung einer Prioritätenliste zur Sanierung der gemeindeeigenen Häuser mit Finanzmittelplanung.*

Die Verwaltung wird die vorhandene Liste mit einer Kostenschätzung ergänzen.

- *Die CSU-Fraktion beantragt, dass der Energiebeauftragte der Gemeinde Karlstein alljährlich einen Bericht über die geplanten und abgeschlossenen Maßnahmen vorlegt.*

Ein entsprechender Bericht wird künftig vorgelegt.

- *Die CSU-Fraktion hält die Beleuchtung an der Ampelanlage Kreuzung Frankenstraße/St. 2443 nicht für sinnvoll montiert. Weiterhin ist die Fußgänger-Grün-Phase länger zu schalten.*

Die Verwaltung wird Kontakt mit dem Straßenbauamt aufnehmen. Eine Versetzung der Straßenlampe wird im Zuge der Umrüstung auf LED-Technik geprüft und mit dem Straßenbauamt abgestimmt.

- *Die CSU-Fraktion beantragt die Überprüfung der Hochzeitsallee, da die vor 2 Jahren gepflanzten Säuleneichen zu einem Großteil nicht angegangen oder durch den Standort im Wachstum behindert sind.*

Eine Überprüfung der Hochzeitsallee wird im kommenden Jahr gemeinsam mit dem Umweltbeirat vorgenommen.

- *Die CSU-Fraktion beantragt die Überprüfung der Unterhaltungszuschüsse für Vereinsheime entsprechend dem Antrag vom 09.09.2014.*

Die Verwaltung wird die Überprüfung der Zuschüsse im kommenden Jahr vornehmen.

- *Die CSU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung die verantwortlichen Stellen bei der Autobahndirektion Nord und bei der Deutschen Bundesbahn in regelmäßigen Abständen auf ihre Versprechungen und Zusagen zu diversen Lärminderungsmaßnahmen und zum barrierefreien Umbau des Bahnhofs erinnert.*

Die Verwaltung wird den Hinweis beachten.

- *Die SPD-Fraktion beantragt, für die Kurzzeitgäste im Freizeitgebiet eine WLAN-Verbindung (Hotspot) einzurichten (Antrag aus 2016). Ergänzt werden sollen die Standorte Rathaus/Bibliothek, Heimatmuseum/Ortsmitte Dettingen und Bahnhof.*

Die FPD beantragt, für einen flächendeckenden WLAN-Ausbau im Gemeindegebiet ausreichend Geldmittel in den Haushalt einzustellen.

Für einen Hotspot wird ein Anschluss mit einer Leistung von mehr als 16 Mbit/s benötigt. Im Bereich Freizeitgebiet und am Rathaus werden aktuell nur maximal 16 Mbit/s angeboten. Sobald der eigenwirtschaftliche Ausbau der Telekom erfolgt ist, wird die Verwaltung das Thema wieder aufgreifen. Geplant ist das 1. Quartal 2018.

- *Die SPD-Fraktion bittet um Überprüfung/Erneuerung von Photovoltaikanlagen. Insbesondere die Anlage auf dem Bauhof arbeite nicht mehr wirtschaftlich (Antrag aus 2013). Ergänzt wird der Altantrag mit der Bitte, hier eine Lösung mit einem Speichermedium zu untersuchen.*

Für die PV-Anlage auf dem Bauhof mit einer Leistung von 3,2 kW erhält die Gemeinde noch eine Einspeisevergütung von 0,50620 €/kWh. Erzeugt wurden im Jahr 2016 1.520 kWh. Hierfür wurde eine Netto-Vergütung von 769,42 € gezahlt.

Bezüglich der Lösung mit einem Speichermedium ist die Verwaltung bereits tätig geworden und hat Kontakt mit der Firma BMZ aufgenommen, die eine Zusammenarbeit zugesagt hat.

- *Die SPD-Fraktion bittet um Untersuchung der beiden Brücken über den Haggraben auf dem Weg zum Wasserwerk. Hier sind starke Absenkungen im Bereich der Fahrbahn festzustellen (Antrag aus 2015).*

Die Verwaltung wird die beiden Brückenbauwerke sowie die Fahrbahn überprüfen und notwendige Arbeiten ausführen lassen.

3. Antrag St. Johannesverein e. V. Großwelzheim auf Einbau einer neuen Kücheneinrichtung - Beschlussfassung

Der St. Johannesverein ist vor längerer Zeit bereits an die Verwaltung mit der Bitte herangetreten, eine neue Kücheneinrichtung für die Kindertagesstätte Villa Kunterbunt anzuschaffen. In diesem Zusammenhang wurden bereits mehrere Gespräche mit den Verantwortlichen des Vereins geführt. Entsprechend der Vereinbarung zwischen dem St. Johannesverein und der Gemeinde bedürfen über- und außerplanmäßige Ausgaben das Einvernehmen der Gemeinde.

Der St. Johannesverein sowie die Verwaltung hatten verschiedene Küchenangebote eingeholt.

Das günstigste Angebot liegt nun mit insgesamt 19.700 € vor.

Die Verwaltung hatte darum gebeten, das Einvernehmen zur Beschaffung der Kücheneinrichtung durch den St. Johannesverein zu erklären.

Der Verein beabsichtigt, bei der Diözese einen Zuschussantrag zu stellen. Von Seiten der Gemeinde kann für eine dann noch verbleibende Deckungslücke ein Investitionszuschuss in Aussicht gestellt werden. Hierüber sollte zu gegebener Zeit entschieden werden.

Der Ausschuss beschloss, das Einvernehmen zur Beschaffung der Kücheneinrichtung durch den St. Johannesverein zu erteilen. Ein Zuschuss für die verbleibende Deckungslücke wird in Aussicht gestellt.

9 : 0